

**Zeitschrift:** Schweizer Schule  
**Herausgeber:** Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz  
**Band:** 50 (1963)  
**Heft:** 6-7

**Artikel:** Demokratisierung des Studiums  
**Autor:** Egger, Eugen  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-530835>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## **Demokratisierung des Studiums \*** Dr. Eugen Egger, Genf

So wie man nach dem letzten Krieg das Schlagwort von der «Demokratisierung der Armee» geschaffen hat, ohne immer klar zu wissen, was man damit meinte, so spricht man heute, weil es ein zügiges Postulat geworden ist, von der «Demokratisierung des Studiums» und denkt dabei vor allem an das höhere Studium. Auch hier muß man sich klar sein, daß dieser Slogan paradox ist, denn wer höheres Studium sagt, muß an höhere Anforderungen und damit an eine Selektion denken. Die Demokratisierung des Studiums darf und kann also keine Verallgemeinerung im Sinne von «das ganze Volk studiert» sein, sondern kann nur zur Bedeutung haben: «Wer immer, gleich welcher sozialer Abstammung er ist, die nötige Begabung und Veranlagung hat, der soll studieren können.»

Wie stellte sich dieses Problem in der Vergangenheit? Vor 1800 waren es eigentlich nur kleine Kreise, die zu einer wirklichen Schulbildung kamen. Diese waren auch nicht bei der herrschenden Schicht zu suchen. Natürlich gab es Ausnahmen, gelehrte kirchliche und weltliche Fürsten. Sehr oft aber war der Gelehrte ein armer Mann und auf den Mäzen angewiesen. Es gab wichtigere und einträglichere Geschäfte als Bücher und Federkiel. Mit der Französischen Revolution wurde dies anders. Postulierte man einerseits eine allgemeine Volksschulbildung – bei uns Pestalozzi, Pater Girard, von Fellenberg –, wurde das höhere Studium, der Weg zu Ansehen und Einfluß, jetzt ein Privileg der Bourgeoisie.

Hatten Canisius und Calvin die Volksbildung postu-

liert und beide ein Kollegium begründet, so geschah dies weitgehend aus der Erkenntnis, daß das religiöse Unwissen eine Hauptursache der kirchlichen Mißstände war. Ph. A. Stapfer jedoch, der Minister der Künste und Wissenschaften der Helvetischen Republik, sah in der Schule eine notwendige Voraussetzung der demokratischen Staatsform. So wurde das Postulat der obligatorischen und kostenlosen Elementarschule aufgestellt, und damit war ein erster Schritt zur Demokratisierung der Bildung getan. Pater Girard und Pestalozzi erkannten auch bereits, daß eine Hebung der Volksbildung neben der Industrialisierung das wirksamste Mittel gegen den Pauperismus darstellen mußte. Ihr Schulprogramm war daher auch ein Sozialwerk.

Das höhere Studium indessen wurde und blieb weitgehend das Privileg einer Elite. Erst die soziale Revolution dieses Jahrhunderts, die Nachkriegszeit, brachte eine Änderung, weil nach 1914–18 eine neue Gesellschaft zur Hochschule drängte. Da aber offensichtlich Wirtschaft und Staat nicht auf diesen Vorschlag von unten vorbereitet waren, da zudem Inflation und Wirtschaftskrise das Gleichgewicht zerstört hatten, entstand damals das sogenannte «akademische Proletariat». Dies durfte jedoch kein Anlaß dazu sein, die Bewegung zu drosseln. Schulpolitik ist stets eine Investition auf lange Sicht. Wenn die USA heute technisch und wissenschaftlich Erfolge buchen können, so weitgehend deshalb, weil sie in den Krisenjahren den Mut hatten, Geld in die Schulen zu stecken. Bei uns haben die dreißiger und selbst die vierziger Jahre eher hemmend gewirkt. Man braucht nur einen Blick zu tun in die «Schweizerische Bibliographie für Statistik und Volkswirtschaft», um

\* Mit einigen Abänderungen übertragen aus «Choisir, Revue culturelle» 4e année, avril 1963, numéro 42. Der Verfasser.

festzustellen, wie oft man die jungen Leute davor warnte, ihr Heil im Universitätsstudium zu suchen, um zu sehen, daß damals die Lehrerschaft die Not der Arbeitslosigkeit kannte, ja daß man Lehrerseminarien schloß, um den Nachwuchs zu bremsen. Hätte man damals kleinere Klassenbestände geschaffen, dementsprechend Schulhäuser gebaut, es wäre für die geburtenreichen Jahrgänge schon einiges vorgesehen gewesen.

Im Jahre 1944 publizierte der damalige Leiter der Akademischen Berufsberatung in Zürich, Professor an der Handelshochschule St. Gallen, J. Ungricht, seine Arbeit: «Zur Überfüllung der akademischen Berufe.» Er mußte darin Stellung nehmen gegen gewisse Berufsgruppen – unter anderem gegen den Schweizerischen Apothekerverein –, welche gerne einen Numerus clausus eingeführt und die Zahl der Diplomierten um 50 Prozent reduziert hätten pro Jahr. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß der Autor sich gegen jede solche Maßnahme wehrt; er verlangt jedoch eine möglichst strenge Auswahl am Gymnasium, damit jeder nicht überdurchschnittlich Begabte statt der Hochschule einer andern Berufsausbildung entgegengeführt werde. Zur selben Zeit gab es in Bern allein eine Vereinigung stellenloser Lehrkräfte mit über 100 Mitgliedern. Es sind nicht einmal zwanzig Jahre vergangen seither. Man muß sich dieser Tatsachen erinnern, will man heute verstehen, daß früher eher Zurückhaltung geübt wurde auf dem Gebiet der Studienförderung.

Seither hat sich die Lage völlig geändert. Äußere Umstände sind schuld daran. Die geburtenreichen Jahrgänge der Kriegsjahre, die andauernde Hochkonjunktur der Nachkriegszeit, der wissenschaftliche und technische Fortschritt in Industrie und Wirtschaft, die Mechanisierung und Automation des Arbeitsprozesses usw., das sind die vielfältigen und komplexen Gegebenheiten, welche in einem nicht voraussehbaren Maße die Situation revolutioniert haben.

So kam es, daß 1959 Dr. F. Hummler, Delegierter für Arbeitsbeschaffung, seinen «Schlußbericht des Arbeitsausschusses zur Förderung des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses» herausgab. Der frühere Direktor der Ecole Polytechnique Universitaire in Lausanne, Professor A. Stucky, schrieb hiezu in einem Aufsatz: «La Suisse dans la compétition technique et industrielle mondiale»:

«Bis zu dem durch den Zweiten Weltkrieg hervorgerufenen Umschwung schritten der technische und wissenschaftliche

Fortschritt regelmäßig voran. Die Schweiz vermochte in dieser Entwicklung einen ehrenvollen Platz zu behaupten. Was die Konkurrenz im Welthandel betraf, so kompensierte sie ihren völligen Rohstoffmangel durch die hohe Qualität ihrer verarbeitenden Industrie. Dank dieser Präzision wurden ihre Produkte geschätzt, obwohl deren Preise oft über dem Durchschnitt des Welthandels lagen.

Diesen Erfolg verdankt sie dem qualifizierten, gewissenhaften und exakt arbeitenden Handwerkerstand. Unsere Volksschulen, unsere Techniken und Fachschulen, sie hatten alle das Ihre zur Heranbildung dieser qualifizierten Arbeitskräfte beigetragen, um die man uns bisweilen beneidet.

Solange Technik und Wirtschaft ihren mehr empirischen als wissenschaftlichen Weg gingen, vermochte die Exaktheit die Nachteile einer oft eingefleischten Routine aufzuheben. Die immer stärkere Einflußnahme wissenschaftlicher Betriebsführung und die Forschung droht jedoch diese Stellung zu erschüttern. Angesichts dieser Entwicklung müssen traditionelle Gegebenheiten neu überdacht werden, braucht es Initiative und Mut, damit das, was die wissenschaftliche Erkenntnis bietet, auch genutzt werde.

Die Proportion der Intellektuellen, die im Wirtschaftsleben eingesetzt werden, d.h. der Ingenieure und Forscher zur Zahl der Arbeiter steigt angesichts des immer komplizierter werdenden Produktionsablaufes ständig an. Zählte man in Amerika 1910 in gewissen Industrien 6 Ingenieure auf 1000 Arbeiter, waren es 1950 schon deren 18. Daher röhrt heute ein bedenklicher Mangel an Technikern, worüber sich unsere Industrie beklagt.

Im großen und ganzen gesehen schätzt man heute, daß die Anzahl der jährlich diplomierten Ingenieure um 2,5–3% zunehmen sollte. Dies ist eine vorsichtige Schätzung bei gleichlaufender Entwicklung.»

Im Bericht Hummler lesen wir weiter:

«Aus dieser summarischen Übersicht ergibt sich, daß der Mangel fast auf allen Gebieten deutlich spürbar ist, ausgenommen bei den Bauingenieuren, wo er etwas weniger in Erscheinung tritt, und den Architekten, wo er praktisch nicht ins Gewicht fällt. Er zeigt sich auch bei den Kultur- und den Vermessungsingenieuren sowie den Naturwissenschaftern. Es ergibt sich für die wichtigsten Sachgebiete während der nächsten 10 Jahre folgender aufgerundeter Bedarf an neuem Personal:

Maschineningenieure	2000
Elektroingenieure	2000
Chemiker	1600
Reaktoringenieure	500–1000
Forstingenieure	200
Agronomen	350
Kulturingenieure	50
Vermessingenieure	40
Bauingenieure	800–1000
Architekten	400–500
Physiker	400
Mathematiker	200
Naturwissenschaftler	200–250
Kernphysiker	100–200
Total ungefähr	8500–9500

Es müßten also für das gesamte wissenschaftliche und technische Personal der Hochschulstufe in den nächsten 10 Jahren ungefähr 8500 bis 9500 Studenten diplomierte werden, also 850 bis 950 pro Jahr. Tatsächlich sind aber im Jahre 1956 an allen Universitäten und Hochschulen insgesamt nur 600 Diplome abgegeben worden, wovon erst noch etwa 100 an Ausländer.»

So sieht man also die Lage auf dem technisch-wirtschaftlichen Gebiete. Und in andern Sparten ist die Situation nicht besser: Mangel an Landärzten und an Zahnärzten, Mangel an Lehrpersonal. In diesen Tagen der Bericht der «Eidgenössischen Kommission für Nachwuchsfragen auf dem Gebiete der Geisteswissenschaften und der medizinischen Berufe sowie des Lehrerberufs auf der Mittelschulstufe» erscheinen. Wenn die Zahl der Sekundar- und Mittelschüler in dem Maße zunimmt, wie man es gerne möchte, dann würden uns 1970 ungefähr 2100 Sekundar- und 780 Gymnasiallehrer fehlen, gelingt es nicht, bis dahin mehr junge Leute für das Lehramt zu begeistern. Mit der Stellung der Sekundar- und Mittelschule steht und fällt aber jede akademische Nachwuchsförderung.

Kommen wir also zu einer ersten Schlußfolgerung. Das heutige Wirtschaftsleben verlangt eine weit größere Zahl wissenschaftlich geschulter Kräfte, als man hätte denken können. Diese fehlen zur Zeit in der Schweiz. Dem Mangel muß unbedingt abgeholfen werden. Die «Demokratisierung des Studiums» ist eines der Mittel dazu, damit unser Land für sein kulturelles und wirtschaftliches Leben den nötigen Nachwuchs finde, ja darüber hinaus auch in der Lage sei, den Entwicklungsländern zu Hilfe zu kommen.

Einleitend haben wir gesagt, was wir unter dem paradoxen Begriff der Demokratisierung des Studiums verstehen. Louis Cros schreibt in seinem Werk «L'explosion scolaire»: «Die heutige Situation verlangt von uns, daß man die geistige Anstrengung geradezu hervorruft, daß in möglichst vielen Kindern die Lust zum Studium geweckt wird.»

Wie steht es damit in der Schweiz? Ist es nicht weitgehend dasselbe wie in Frankreich, worüber der gleiche Autor bemerkt:

«Das Ziel der Volksbildung lag lange darin, daß jeder lesen, schreiben und rechnen könne. Früh war man gezwungen, sein Leben zu verdienen. Viele fanden weder in der Jugend noch im Alter Zeit, sich weiterzubilden. Die ersten Anstrengungen mußten dahin zielen, allen eine Volksschulbildung zukommen zu lassen. Natürlich wollte man allen das gleiche Recht zum höheren Studium zugestehen. Angesichts der beschränkten Arbeitsmöglichkeiten dachte aber niemand daran, die Zahl der

Hochschulstudenten zu vergrößern aus Angst, diese könnten ohne Arbeit bleiben und deklassiert werden.

Die Schule stand zwar allen offen, behielt aber ein soziales Vorzeichen. Das Kind vom Land war benachteiligt gegenüber dem Kind in der Stadt, der Sohn des Bauern und des Arbeiters gegenüber demjenigen des Arztes oder des Ingenieurs. Noch ist die Chance der Schulung nicht dieselbe für alle. Doch heute stellt sich dieses Postulat völlig neu.

Die wissenschaftlichen Entdeckungen, die Industrialisierung und der technische Fortschritt, die modernen Arbeitsverfahren, sie alle haben das heutige Weltbild umgeändert. Die Kultur, einst Privileg einer Elite, ist heute zum Bedürfnis der Masse geworden.

Zum ersten Male scheinen Gesetzgeber und Idealisten dasselbe Ziel anzustreben. In Frankreich wie in allen Ländern der alten Zivilisation verlangen heute die wirtschaftlichen Gegebenheiten wie die soziale Gerechtigkeit, daß möglichst vielen Kindern eine möglichst weitgehende Schulbildung zuteil werde.»

Dieses Ziel – eine möglichst fortgeschrittene Bildung für eine möglichst große Zahl von Kindern – ist auch das Anliegen und der Wille aller, die heute in der Schweiz mit Schulpolitik zu tun haben.

Die Anstrengungen gehen in drei Richtungen. Vor erst gilt es, die Talente zu entdecken, diese zum Studium anzuregen und alle ihrem richtigen Beruf zuzuführen. Noch sind die pädagogischen und soziologischen Forderungen über das Erfassen der Begabtenreserven in ihren Anfangsstadien. Noch widersprechen sich oft die Spezialisten, und es müssen offensichtlich noch Erfahrungen gesammelt werden. Wir stellen aber fest, daß heute in Zürich, Bern, Basel und Genf soziologische Studien in Zusammenarbeit mit den Unterrichtsdirektionen gemacht werden.

Die Berufsberatung und die schulpsychologischen Dienste werden in der ganzen Schweiz ausgebaut. So hat der Kanton Luzern genaue Weisungen erlassen betreffend den berufsorientierenden Unterricht in der Schule. Auch in Thayngen werden solche Versuche gemacht. Die Kantone Graubünden und Solothurn organisieren ihren schulpsychologischen Dienst. Der Kanton Wallis war dank des Herrn Dr. Repond lange bahnbrechend in diesen Bemühungen. Seit etwa zehn Jahren haben die meisten unserer Kantone Schulreformen durchgeführt, die einerseits zur Verlängerung der Schulzeit, andererseits zur Entwicklung der Abschlußklassen geführt haben, welche heute oft berufsvorbereitende Aufgaben erfüllen. In Zürich ist das Werkjahr vorbildlich ausgebaut, «Schnupperlehren» sollen Schule und Industrie in Kontakt bringen. Man versucht auch die Schulstrukturen, vor allem in den höheren Klassen der obligatorischen Schulzeit, neu zu durch-

denken, um Spätentwicklern den Anschluß noch zu ermöglichen. So hat Baselstadt Aufholklassen eingerichtet, und in Bern wurde der Beginn des Lateinunterrichts höher hinaufgesetzt, um Sekundarschülern den Übergang ins Progymnasium zu erleichtern. Die Abschlußklassen sind unter dem Einfluß von Schohaus (Kt. Thurgau) mit der Einführung von Wahlfächern zu neuer Bedeutung gelangt. In Genf macht man jetzt die ersten Erfahrungen mit dem sogenannten *cycles d'orientation*.

Wenn hier auf all diese Anstrengungen im Volkschulsektor hingewiesen wurde, so um zu betonen, daß eine Nachwuchsförderung auf der Oberstufe nur realisiert werden kann, wenn auf der Unterstufe schon begonnen wird. Die Examina, die die einzelnen Schulstufen trennen, sollten ja weniger wie ein Sieb als wie ein Wegweiser wirken.

Selbstverständlich gilt dasselbe auch für die Mittel- und die Berufsschule. Auch hier müssen die Begabungen erfaßt und jeder Schüler seinem richtigen Ziel entgegengeführt werden. Die letzte schweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz hat sich mit der vielschichtigen Frage der Maturareform befaßt und auch den zweiten Bildungsweg in diese Studie einzogen. Im Rahmen der Konferenz soll nun eine Ständige Mittelschulkommission geschaffen werden. So zielen also die ersten Anstrengungen im Hinblick auf eine Demokratisierung der Studien dahin, die Talente zu entdecken, zu fördern und zu beraten, die Schulstrukturen, Pläne und Programme den Lebensnotwendigkeiten anzupassen.

Es ist jedoch klar, daß mit dem Planen allein noch nicht alles getan ist. Was nützt es, Talente zu entdecken und anzusporren, wenn nicht zugleich die Hindernisse aus dem Weg geräumt werden, die das Studium erschweren oder gar verunmöglichen könnten? Dabei wurde das Finanzproblem stets als eines der wichtigsten betrachtet. Man ging vorerst daran, dieses Hindernis zu beseitigen. Im Laufe der letzten Jahre haben die meisten Kantone die Schulgelder abgeschafft oder herabgesetzt sowie die Stipendienverordnungen großzügig ausgebaut. Neue Stipendiengesetze erließen: Zürich 1959, Bern 1961, Luzern 1960, Uri 1962, Glarus 1956 mit Ergänzung 1961, Zug 1959, Baselland 1958, Schaffhausen 1959, St. Gallen 1961, Graubünden 1961, Thurgau 1959, Tessin 1961, Waadt 1960, Genf 1960. Andere Kantone: Solothurn, Schwyz, Obwalden, Baselstadt, Neuenburg und Wallis studieren diese Fragen oder haben bereits gesetzgeberische Vorbereitungen ge-

troffen; in Bern ist seit dem 1. März 1963 der Gymnasialunterricht im ganzen Kanton kostenlos. Dazu kommen noch eine ganze Reihe von privaten Stiftungen. Das neue *«Schweizerische Stipendienverzeichnis»* führt nicht weniger als 1400 solcher Stipendienmöglichkeiten auf, von denen nur 156 der öffentlichen Hand zugehören.

Aber Schulgeld und Schulmaterial stellen nur einen kleinen Teil der Studienkosten dar, sobald der Student der großen Entfernung vom Studienort wegen seine Familie verlassen und auswärts essen oder gar wohnen muß. Der Vorsteher des Erziehungsdepartements des Kantons Waadt, Herr P. Oguey, hat eine in dieser Hinsicht sehr aufschlußreiche Arbeit veröffentlicht im *«Archiv für das schweizerische Unterrichtswesen»* (1959, S. 70ff.) unter dem Titel: *«Des moyens d'étendre le recrutement de l'Université et de faciliter l'accès des études supérieures»*. Der Kanton Waadt ließ es nicht bei schönen Worten, er hat Transport- und Verpflegungskosten der Schüler, die in einem gewissen Abstand von der Mittelschule wohnen, auf sich genommen. Schon früher hat Fräulein Dr. E. L. Bähler im gleichen *«Archiv»* (1950) einen Aufsatz über die *«Staatliche Jugendfürsorge an der schweizerischen Volksschule»* publiziert. Seither wurde diese Fürsorge ständig ausgebaut, und wir können mit Genugtuung festhalten, daß gerade Bergkantone (Graubünden, Glarus, Uri und Wallis) in ihren Schulgesetzen in dieser Hinsicht große Anstrengungen gemacht haben, um einen Rückstand aufzuholen. Aber dies sind natürlich alles Maßnahmen auf lange Sicht, und es wird noch einige Zeit dauern, bis die Hochschule davon profitiert. Wenn das Problem der Distanz im Kanton Genf kaum eine Rolle spielt, so fällt hier die teure Lebenshaltung schwer ins Gewicht.

Um das Distanzproblem zu überwinden, sucht man noch andere Lösungen: Dezentralisierung der Mittel- und höheren Berufsschulen, Gründung neuer Universitäten. Neue Mittelschulen hat man eröffnet in Liestal, Interlaken – plant man in Langenthal, Zofingen, Sargans. Neue Techniken in Buchs, Rapperswil, Windisch, Yverdon. Das Projekt neuer Universitäten wird studiert in Luzern und in Aarau. Überall in der Schweiz strengt man sich also an, den technischen und wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern. Aber es braucht natürlich Zeit. So lesen wir im Bericht einer Studienkommission des Kantons Bern, daß man die Zahl der Mittelschüler in diesem Kanton verdoppeln will.

Nicht jeder Kanton hat dieselben Möglichkeiten. Wir haben es vielleicht etwas zu lange vergessen, daß wir auch in der Schweiz Entwicklungsgebiete haben. Heute anerkennt aber jedermann die Notwendigkeit einer Bundeshilfe. Die Bundesbehörde hat sich dieser Einsicht nicht verschlossen. Wurden bei der Revision des Berufsbildungsgesetzes vom 26. Juni 1930 die Subventionen für die berufliche Ausbildung hinaufgesetzt, sind in diesem Jahr auch die Schulen und Institutionen, welche Anspruch auf eine Subvention haben, vermehrt worden. Seit 1951 wendet der Bund dem «Schweizerischen Nationalfonds für wissenschaftliche Forschung» seine Hilfe zu. Die Kredite betrugen in den Jahren 1951 bis 1962 total Fr. 102 500 000.—.

Eine Spezialkommission studiert heute auch die Möglichkeit einer Bundeshilfe für die kantonalen Universitäten.

Doch auch hier hat man erkannt, daß es nicht genügt, Institutionen auszubauen, wenn nicht zugleich das Stipendienwesen ausgebaut wird. Zwar machen die Kantone schon große Anstrengungen. Eine Erhebung zeigte für das Jahr 1961, daß die Kantone Fr. 11 997 721.— an Stipendien und Darlehen entrichteten, den größten Teil der Summe (10 346 031 Fr.) in Form von Stipendien. Auf die Schulstufen verteilt, ergibt sich folgendes Bild:

Berufsschüler . . . . .	Fr. 3 683 515.—
Mittelschüler . . . . .	Fr. 2 357 565.—
Lehrer- und theolog. Seminaristen	Fr. 2 092 103.—
Hochschulstudenten . . . . .	Fr. 2 212 848.—

Diese Summen werden mit den neuen Stipendien gesetzen noch größer werden; so hat Genf allein für 1963 2,5 Mio Fr. veranschlagt. Aber die Unterschiede von Kanton zu Kanton sind natürlich beträchtlich. Pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, ergab es 1961 im Kanton Baselstadt Fr. 6.10, in Genf Fr. 4.77, in Schwyz Fr. -37 und im Wallis Fr. -24.

Aus diesem Grund hat der Bundesrat dem Parlament einen neuen Artikel 27 quater der Bundesverfassung vorgelegt, wodurch der Bund in die Lage versetzt werden soll, auch in dieser Hinsicht subsidiär einzugreifen.

Wir kommen also zu einer zweiten Schlußfolgerung. Der eingangs erwähnte Mangel an technischem und wissenschaftlichem Nachwuchs soll wettgemacht werden. Bis jetzt sind große finanzielle und organisatorische Anstrengungen gemacht worden. Aber genügt dies? Gibt es nicht noch andere Schwierigkei-

ten, die bisher vielleicht zu wenig beachtet wurden? Es hat sich gezeigt, daß das soziale Milieu fast unüberwindliche psychologische Schranken errichtet, sei es für die Berufswahl, sei es für das zum Studium notwendige Arbeitsklima. Hier müssen vermehrte Möglichkeiten für das Studium geschaffen werden: überwachte Studiersäle, Halb- oder Ganztagsinternate. Die «Cités universitaires» stellen eine dieser Realisationen dar. Projekte hiefür gibt es in Genf, Zürich und Lausanne. Zum Teil sind sie schon weit fortgeschritten.

Was die Rekrutierungsmöglichkeit aus den verschiedenen sozialen Milieus anbelangt, so sagt ein Soziologe in einem Aufsatz «Der Einfluß sozialer und wirtschaftlicher Faktoren auf die Rekrutierung der ETH-Studenten» (Schw. Zs. f. Volkswirtsch. u. Stat. 98, 1962, H. 4) dazu:

«Unsere Untersuchung hat gezeigt, daß eine Vermehrung der Stipendien einer wachsenden Zahl junger Leute aus dem Mittelstand das Studieren ermöglicht. Es wäre aber falsch zu glauben, eine noch so großzügige Stipendienpolitik vermöchte viele Talente aus dem Arbeitermilieu zu rekrutieren. Die sozialen Schranken, die normaler Weise einem Arbeiterkind das Studium verwehren, sind noch zu groß.»

Es ist daher richtig, wenn die O.C.D.E. (Organisation de Coopération et de Développement Economique) eine Investitionspolitik auf dem Gebiet der Erziehung fordert.

Die heutige Zeit bietet aber noch eine weitere Schwierigkeit. Nicht nur Mangel, auch Reichtum und Hochkonjunktur sind es, die einer Studienlaufbahn im Weg stehen können. Rinaldo Andina, akademischer Berufsberater in Zürich, betont in einer Studie:

«Das moderne Leben stellt paradoxe Weise gerade an den geschulten und gebildeten Menschen hohe Ansprüche. Die Stellung des Akademikers bedeutet nicht mehr soziale und materielle Privilegien, sondern erheischt vielmehr große Opfer. Ausdauer und Bescheidenheit. Zudem ist jetzt, wo es so schwierig ist, Nachwuchs zu finden, der berufliche Konkurrenz Kampf unerbittlich.»

Andina weist darauf hin, daß nicht materielle Überlegungen, persönliche Liebhaberei, Flucht vor der Wirklichkeit die Berufswahl beeinflussen sollen, sondern einzig und allein die Stimme der Berufung, die Überzeugung, im gewählten Beruf das Maximum geben und leisten zu können.

Aus dem ersten Jahresbericht der Schweizerischen akademischen Berufsberatung geht hervor, wie wichtig heute auf dieser Stufe die Beratung geworden ist. Nachwuchsförderung hat ja schließlich nur einen Sinn, wenn sie zum guten Ziele führt.

Dies sind Gedanken, die sich alle diejenigen machen müssen, welche die Demokratisierung des Studiums fordern. Geld ist nicht alles! Die Selbstingabe an den richtigen Beruf im Dienste der Gemeinschaft muß die menschliche Bestimmung dieser Schulpolitik bleiben.

Zum Abschluß wollen wir im Zusammenhang mit diesem Fragenkomplex noch einen Abschnitt aus einem Aufsatz von W. Hug zitieren, «Verhängnisvolle Versäumnisse in der Schulpolitik», den dieser im «Rheinischen Merkur» (18, 1963, Nr. 20, S. 10) angesichts des großen Lehrermangels in West-

deutschland publizierte. Mit einigen Einschränkungen gilt seine Mahnung auch für uns:

«Es drängt sich die Frage auf, ob diesem Notstand mit einer föderalistischen Kultusverwaltung überhaupt beizukommen sei. Der Ruf nach einem Bundeskultusminister ist neuerdings wieder kräftig erstarkt. Man wird in der Tat zugeben müssen, daß Bedarfserhebungen und die Festsetzung von Planungsrichtsätzen einer gewissen Zentralisierung bedürfen. Die vorgesehene Neugründung eines Max-Planck-Instituts, das sich diesen Aufgaben widmen soll, ist daher ebenso zu begrüßen wie die stärkere Aktivierung der in Bonn etablierten Kultusministerkonferenz. Andererseits aber liegt die Überlassung der Eigenverantwortung und Selbstverwaltung des Erziehungs-wesens an Länder und Gemeinden einer der stärksten Impulse echter Demokratisierung. In ihrem Interesse und in der Hoffnung auf einen positiven Wettbewerb zwischen den Ländern ist vor allen Mißverständnissen zu warnen, mit denen «Bildungsplaner» in den Ruf des Dirigismus und Zentralismus gebracht werden. Noch besitzt das freie Spiel der Initiativen eine höhere Chance als die zentrale Bürokratie.»

## Die Ballade im Sprachunterricht auf der Volksschuloberstufe

Bruno Krapf

Volksschule

Will man eine Ballade behandeln, fragt man sich gewiß, ob denn die Schüler der Volksschuloberstufe überhaupt in der Lage seien, ein solches Kunstwerk zu erfassen, es in den Griff zu kriegen; noch deutlicher ausgedrückt, ob das Gedicht denn eigentlich Bildung erwirke. Bringen die Schüler vielleicht bloß vordergründige Begeisterung für das gestaltete Geschehen auf?

### *Vom Wesen der Ballade*

Daß mit der bloßen Einsichtnahme in den Ablauf der Handlung die Wirkmächtigkeit des Kunstwerkes ausbleibt, ist offensichtlich. Die Ballade lebt nicht von der Schilderung eines geschichtlichen Ereignisses oder der Mitteilung seltsamer Erlebnisse. Meist zeigt diese Kunstmöglichkeit die dramatische Auseinandersetzung zwischen Rationalem und Irrationalem, zwischen dem Magisch-Mythischen und dem Logos. Das Unergründliche tritt dem Menschen

übermäßig entgegen und kommt ihm bedrohlich nahe. Die Ballade zeigt den Kampf mit den Urgewalten des Irrationalen beispiel- und symbolhaft. Das Dunkle wird dabei nicht erhellt, es wird nicht in den Bereich des Bewußtseins gehoben. Dennoch ist es dargestellt. Der Leser spürt seine unheimliche Macht und gewahrt, wie der Mensch als geistiges Wesen sich schließlich über die Angst erhebt. «Der Dichter nimmt das Hintergründige ernst, er erfährt es als Wirklichkeit, und er hebt es aus einer höheren geistigen Kraft, welche die Furcht vor dem physischen Bedrohtsein überwindet, hinauf zum bedeutsamen Spiel. Das Hintergründige – durch die Symbolik sichtbar gemacht – ist als bedrohliche Wirklichkeit ernst zu nehmen und die Ballade als dramatisches Geschehen zu deuten. Das wird im jungen Menschen die Kraft wecken, welche die physische Furcht zu überwinden in der Lage ist, wodurch erst das Ganze als Spiel im tieferen Sinne erfassbar wird.»<sup>1</sup>